

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 191 Jahrgang 212



**Bezugspreis:** für Halle und Dorona monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75, ein Jahr Mk. 12,50, einschließlich Post. Für die Provinz Sachsen monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,02, ein Jahr Mk. 12,06, einschließlich Post. **Morgen-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** 5000 Zeichen für 10 Tage 1,25 Mk. **Geldverkehrsstelle Halle-Saale:** Kaspary Straße 61/63, Fernruf Zentrale 7801, Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80, Fernruf Amt Kurier 81, 6290 **Glacé Berliner Schriftleitung:** Derlag und Druck von Otto Uebel, Halle-Saale

# Ein Schreckschuß für das deutsche Volk

**Der angebliche Inhalt des Friedensvertrages: Gebietsabtretungen im Osten und Westen des Reiches — Kein Volksherr — 125 Milliarden in 50 Jahren, 25 Milliarden sofort — Keine Kolonien und Ueberseekebel**

Genf, 22. April.

Die Pariser Mächte erwidern Zusammenstellungen Friedensbedingungen. Danach handelt es sich um einen h. S. Kondominatvertrager, der in großen Zügen um folgenden Inhalt des vorläufigen Friedensvertrages:

### 1. In territorialer Hinsicht:

Deutschland verliert Elb-Lothringen, Polen in seinen ungefähren Grenzen von 1772, vergrößert durch polnische Schritte in Schlesien, und Schlesien nach den Grenzen, wie sie durch die Volksabstimmung festzulegen sind werden. Weiter scheint es, als ob am Westende die angeblich belagerten Bezirke von Morcenot, Gupeu und Malmedy mit oder ohne Volksabstimmung zu werden unter interalliierte Kontrolle gestellt werden. Für das Saragbiet wird die Volksabstimmung nach 15 Jahren vorgezogen.

### 2. In militärischer Hinsicht:

Die Unterhaltung eines Volksherrers wird Deutschland unterlagt. Die Stärke seiner Truppen und ihre Verwendung wird einer Kontrolle unterworfen und ihre Zahl scheint auf 100.000 festgelegt zu sein. Ueber Munition gibt es keinerlei Beschränkung. Deutschland wird keine Militärmacht auf dem linken Rheinstrom unterhalten dürfen und ebenso wenig auf einer 50 Kilometer breiten Zone auf dem rechten Rheinstrom. Wäldergebiete sind ähnliche Bestimmungen auch an der Ostsee zum Schutze Polens beschloßen. Belgien wird der Vereinigung angeschlossen, da die künftigen Schutzwälle gegen die Angriffe des Meeres geschickt werden müssen.

### 3. In wirtschaftlicher Hinsicht:

Deutschland zahlt 125 Milliarden innerhalb von 50 Jahren nebst Zinsen. Von der Anzahlzahlungen von 25 Milliarden erhält Belgien 15 und Frankreich 5 1/2 Milliarden. Frankreich erhält außerdem als Entschädigung für seine zerstörten Anlagengebäude das unbeschränkte Eigentumsrecht der Saargruben, so daß Deutschland, wenn nach 15 Jahren die Saargruben für Deutschland erklären sollte, diese Gruben zurückkaufen muß.

### 4. Deutschland verliert seine Kolonien, die an den Verbündeten übergeben werden, und seine Ueberseekebel, deren Ausübung die Alliierten sich vorbehalten.

Die vorstehende Meldung entstammt, was besonders hervorzuheben sei, Pariser Zeitungen. Die feindlichen Regierungen haben es während des ganzen Krieges ausgesprochen verstanden, ihre Presse für die Erreichung politischer Ziele zu verwenden und sie zu einem vortrefflichen Werkzeug gemacht. Das ist in Deutschland vielfach übersehen, oder doch nicht hinreichend gewürdigt worden — (man abgesehen von der Unfähigkeit, welche alle deutschen Regierungen in der Benutzung der eigenen Presse an den Tag gelegt haben). Auch die feindliche Zeitungspropaganda bei den Friedensverhandlungen funktioniert wieder in vorzüglicher Weise. Aus der Tatsache, daß die feindlichen Regierungen mit ihrer Presse Hand in Hand arbeiten — was in Deutschland bekanntlich nicht nur nicht geschäht, sondern so oft an den grundlegenden Antinomien fest — wird bei uns vielfach gefolgert, daß die Auffassung der Regierung selbst wiederzugeben und dem Volke als amtliche Kundgebung aufzufassen sind. Vielfach werden Mitteilungen der obigen Art zweifellos auch von amtlichen Stellen inspiriert worden sein, womit jedoch nicht gesagt ist, daß diese Meldungen der tatsächlichen feindlichen Auffassung der Regierung entsprechen. Die feindlichen Regierungen benutzen solche Meldungen aber — in Deutschland fast immer mit Erfolg — um in den belagerten Ländern die öffentliche Meinung für ihre Zwecke zu beschwören. In Deutschland ist der Eindruck erzeugt worden, daß es sich bei den bisherigen Forderungen der Entente um ein Verlöbnisabkommen handelt, und daß die empfindlichen Forderungen noch viel weitgehender sind. Das deutsche Volk soll dadurch einschüchtern und in seiner Selbstvertrauen hinein gemacht werden, damit, wenn die amtlichen Friedensbedingungen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen, die Bevölkerung nicht von einem Mißbrauch der Forderungen aufzumachen, das es nun doch nicht ganz so schlimm

geworden sei. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß es die Feinde nicht auf eine Vergeßlichkeit des Deutschen Reiches abgesehen hätten. Sie wollen natürlich soviel für sich herausbringen, als nur irgend angänglich ist, und um das Mögliche zu erhalten, sind ihnen jedes Opfer gefordert. Und das deutsche Volk hat sich nicht unglücklichweise, daß die Feinde doch gar nicht so schlammig seien, wie sie von den bösen Alldeutschen, Vaterlandsverteidern und Deutschnationalen immer hingestellt wurden. Auf diese Weise wird ein Raubtrieb erzielt, der in Deutschland noch den Eindruck der allgemeinen Verschönerung und Verhöhnung hinterläßt und damit jeder Vorbereitung für eine spätere nationale Erhebung den Boden entzieht, nämlich das Bewußtsein einer nationalen Erniedrigung nicht aufkommen läßt. Man muß es den feindlichen Regierungen lassen, daß sie sich auf die Durchsetzung der Friedensregie ganz meisterhaft verstehen, und man könnte nur wünschen, daß die deutschen amtlichen Stellen wenigstens auch nur teilweise hiervon lernten. Die deutschnationale Presse hat wiederholt gefordert, daß die deutsche Regierung der Presse das Material für die Aufmachung der deutschen Gegenrechnung zugänglich mache — das ist aber stets mit dem Bemerkern abgelehnt worden, daß dadurch die Entente-regierungen nur „gereizt“ würden und eine solche deutsche Unschonlichkeit wohl noch gar eine Verächtlichung der Friedensbedingungen zur Folge haben könnte. Als wenn die bisherigen nichtamtlichen Verlautbarungen der Entente auch nur entfernt eine Verhandlungsbasis darstellen in der Lage wären! Zudem hat die deutsche Regierung bei jeder Vorfälle — und unvollständigen! — Gelegenheit erklärt und erklären lassen, daß sie nur einen Frieden auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons unterzeichnen werde. Wedrigenfalls wird, was hier nur am Rande bemerkt sei, die häufige Wiederholung dieser Ansicht nicht gerade sehr überzeugend davon, daß die deutsche Regierung unter allen Umständen fest bleiben werde. Ein „Reiniger“ wäre hier mehr. Daß der politische Gehalt der Pariser Zeitungs-meldungen für Deutschland nicht diskutierbar ist, braucht nicht erst besonders betont zu werden. Es handelt sich hier, wie schon eingangs erwähnt, um einen Schreckschuß der Entente, der in Deutschland mit der geübten Ruhe und Zurückhaltung beobachtet werden sollte — und mit der Einsicht, daß auch die Machtmittel der Entente heute nicht mehr unbegrenzt sind.

### Hierzu noch die folgenden Meldungen:

Nach einer Meldung des „Zentral“ aus Paris befohlen der Rat der fünf, in die Friedens-Präliminarien einen Artikel anzunehmen, der Deutschland Entsendung militärischer Missionen nach dem Ausland verbietet und den Deutschen unterlagt, in ausländischen Armeen Dienste zu nehmen.

Gibt die Angst der Entente vor einer Nahe der Deutschen zu weit, oder fürchten sie, daß die Ländlichkeit deutscher Offiziere als Infrastruktur neue mächtige Entente lassen könnte?

Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau hat dem Vertreter des „Neuen Wiener Tagblattes“ über das Schicksal des Saargebietes erklärt: Deutschland fühle auf dem Wilsonschen Programm, das nichts von einer Abteufelung über Gebiete lauge, deren Zugehörigkeit außer jeder Erwörterung liege, nicht seine Mühseligkeit dafür, auch nur zu erwägen, ob das Saargebiet der Kontrolle unterworfen werden soll. Es sei aber bereit, die Frage eines wirtschaftlichen Auswechslens mit Frankreich mit dem besten Willen zur Verhandlung zu prüfen. In Verantwortung der Frage, ob die Politik der Entente unter dem Druck des öffentlichen Bewußtseins in den Weltländern eine gefährliche Bahn nicht doch verlassen werde, wies Graf Brockdorff-Rantzau darauf hin, daß die Entente trotz ihres Anstrebens und ihrer Mühseligkeiten gegen den Anstich des Saargebietes kein energetisches „Nein“ erteile, da offenbar auch die bitterste Feindschaft sich scheue, die unüberwindlichen Schwierigkeiten des nationalen Bewußtseins zu verweigern.

### Ententeforderungen in Oesterreich

#### Herabminderung der Volksherr.

Gen. Segre sprach heute bei dem Staatskanzler Renner vor, um mit ihm einige zurende Angelegenheiten zu besprechen. Er verlangte dringend, auch den Abzug der Waffen aus dem Stand, der nach den Auffassungen der Entente dem Besatzungsbedingungen entspreche. Der Staatskanzler erklärte, daß die Staatsregierung sich schon seit Jahresbeginn

hemübe, der Stand herabzusetzen. Ein Abbau in dem von der Entente verlangten Maße verziehe sich jedoch mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Selbstsicherheit und auf die bewegte Zeit überhaupt.

### Deutschland und Rußland

Von Arthur Dix.

In der Osterwoche unterließen sich die Berliner Mächte über die Frage, ob Herr Joffe Deutschland das Angebot eines Bündnisses mit Sowjet-Rußland gemacht habe oder nicht. Ein praktisches Interesse hätte ein solches Angebot allerdings nicht beanspruchen können, da Rußland heute in seiner Lage die Macht hat, uns, wie es der Sinn des angeblichen Bündnisses sein sollte, die Grenzen von 1914 zu „garantieren“. Ueber die Streitfrage des Augenblicks hinaus aber wird die Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland doch stets eines der wichtigsten Probleme unserer ganzen Außenpolitik bilden.

Wir wollen das Thema nun nicht ausführlich durch die Jahrhunderte verfolgen und nur einen kurzen Rückblick werfen auf die Bindungen der deutsch-russischen Politik in den letzten Jahrzehnten. Nach Bismarcks Stellungnahme aus der Zeit seiner Erstanteiligkeit mit dem Reich hat vielfach als geradezu dogmatisch profanisiert. Das war die Zeit, wie ja schon aus der Tatsache der „Opton“ seiner Bündnispolitik für Österreich hergeht. Aus dem von Bismarck veröffentlichten Handbühren Bismarcks an Coburg wissen wir, daß er zeitweise auch gern in England ostiert haben würde. Gelegentlich des Berliner Kongresses fühlten sich bereits die Engländer mit Bismarcks Hilfe durchaus als die Sieger, die durch Bismarcks vermeintliche Gegenrichtung als die Unterlegenen auf dem diplomatischen Kampfplatz. Später hat Bismarck Rußland wieder fräutig gegen England ausgespielt und umgekehrt. Jedemfalls ist es zu seinen Amtzeiten niemals zu einer klaren und endgültigen Entscheidung für ein Zusammengehen Deutschlands mit der einen oder der anderen Seite gekommen — wie denn ja überhaupt Bismarcks politische Kunst nicht etwa im Aufstellen zeitlicher Dogmen bestand, sondern in lebendiger Auswertung wechselvollerlagen.

Bismarcks so viel seiner Nachfolger glaubten an die Einigkeit der Stellung Deutschlands als Bündnis an der Waage zwischen Rußland und England und waren der überaus ernsten Aufgabe, schließlich doch einmal zwischen beiden Ländern „optieren“ zu müssen (was ja auch nicht für alle Einigkeit hätte einleuchtend), nicht gewachsen. Besonders der überaus einflussreiche Baron von Holtztein glaubte an das Sowjetabkommen vom Genögen zwischen Bar und Bismarck und verließ die Augen vor der Möglichkeit, daß eine zeitliche Ausrichtung dieses Genögenes auf Deutschland ruin führen könnte.

Die deutsche Schaulpolitik zwischen England und Rußland wurde im neuen Jahrhundert immer anfälliger und entschuldlicher. Erza uns Rußland ein Bündnis gegen England an, so haben wir nur den französischen Verleumdung und unsere eigene Chmunnat zur See und flüchteten uns einseitig in den britischen Hafen. Ram aber England seinerseits uns mit freundschaftlichen Werben, dann betonten wir fast brüß andere traditionelle Freundschaft mit Rußland. So hielten wir beide vor den Kopf und arbeiteten — im Genögen zu unseren eigentlichen Mächten — selbst an der Vereinigung der beiden alten Gegner.

Für die politischen Dienste, die wir Rußland — bisweilen im Übermaß — geleistet, mühten wir nie zur rechten Zeit die praktischen Benehmlichkeiten herauszustellen. Unsere Unterwürfigkeit während des ohnehinigen Krieges hat die Rußen erdenbe aeriert, jede „Lanfesslichkeit“ so energetisch wie möglich abzustreifen. Und da der Krieg gegen Rußland entfacht, wurde sich selbst ihre Benehmlichkeit nicht etwa in solche Maßstäben, in denen es Reibungsflächen mit den Verbündeten Japans an, sondern direkt gegen das so überaus hilfserne Rußland.

Unsere Diplomatie schloß das Bündnis, im Hinblick auf den alten englisch-russischen Versuchung die deutsch-russische zu machen. Als Kerentich den Rußen die Dardanelenfreiheit in Aussicht stellte, hintertrieb England diese Politik — worauf Roosevelt sich nicht durch England, sondern eben durch Kerentich betrogen fühlte. Man muß es den Sinn hat bei Joffe's Schöpfung denken, die Rußen wertvoller „Waffen“ Dokumente. Der europäischen Politik 1897—1914“ vorbereitet von H. Schmeidler) nachlesen, wie die belagerten (Belagerten den Primus herentern, der Wilsons Diplomatie in den Farnen der böhmischen Kräfte von Kontra, als der ganze englische Einflußbereich durchbrochen schien; muß es nachlesen und sich dann fragen, wie





